

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 03 86 846 pbbn d

## Inhalt

Hans-Jochen Vogel, SPD-Kanzlerkandidat, erläutert die Bedeutung Martin Luthers für beide deutsche Staaten.

Seite 1

Helmut Rohde MdB, AfA-Bundesvorsitzender, weist Unions-Tiraden gegen den Sozialpakt-Gedanken zurück.

Seite 3

Hermann Scheer MdB begründet die Ablehnung des Verteidigungsetats.

Seite 4

Harald B. Schäfer MdB glaubt, daß eine Rückkehr zum Atomministerium bevorsteht.

Seite 6

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, erläutert den Fairness-Appell des SPD-Präsidiums.

Seite 7

37. Jahrgang / 233

8. Dezember 1982

Luther nicht vereinnahmen

Wir wollen aber seinen Friedensappell weitertragen

Von Dr. Hans-Jochen Vogel

Kanzlerkandidat der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Im kommenden Jahr wird weltweit des 500. Geburtstages von Martin Luther gedacht. Zentren des Gedenkens sind die Luther-Stätten in der DDR, sind Eisleben, Wittenberg und Eisenach. Ich werde deshalb morgen nach Wittenberg reisen und mit Vertretern des Bundes der Evangelischen Kirche in der DDR und des Staates sprechen, um mich über die Vorbereitungen für das Luther-Jahr 1983 in der DDR zu informieren.

Damit habe ich einen Aspekt genannt, der mir wichtig erscheint. Wir sollten mehr wissen voneinander, wir sollten uns informieren, wir sollten auch vorsichtig sein im Urteilen, um aufgeschlossen zu bleiben für Denkanstöße und Einsichten, selbst wenn diese uns gelegentlich unbequem sein sollten. Das gilt nicht nur für den Umgang mit dem anderen deutschen Staat, nicht nur für das Luther-Jahr im geteilten Deutschland; aber dafür gilt es auch. Der 500. Geburtstag des deutschen Reformators darf nicht zu einem weiteren Zankapfel zwischen den beiden deutschen Staaten werden. Keiner kann sich Luther politisch oder ideologisch einverleiben. Unterschiedliche Betrachtungen, wie sie zu Luthers 500. Geburtstag gewiß deutlich werden, sollten uns neugierig machen. Sie dürfen uns nicht in unseren Vorurteilen verhärten. Denn erst die unterschiedlichen Betrachtungen machen die volle, die ganze Gegenwart der Deutschen aus, zu der ihre Geschichte sie geführt hat.

Als Wesensmerkmale des Begriffs Nation sehe ich vor allem die Gefühls-, Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft, und eine solche Gemeinschaft sind die Deutschen auch heute. Der sprachmächtige Luther ist der Schöpfer einer einheitlichen deutschen Hoch- und Nationalsprache. Die tägliche Erfahrung, in Ost und West die gleiche Sprache zu sprechen, hat verbindende Kraft. Ohne Luthers Bibelübersetzung, für mich wie für viele eines der bedeutendsten Bücher deutscher Zunge, gäbe es diese Sprachgemeinschaft vielleicht bis heute nicht.

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 106-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

Pressefoto-Dienst  
mit unserer Rechtschiffre  
Kreuzschiffre



Luthers Reformation war darüber hinaus in ihrer Wirkung eine der politisch folgenreichsten Taten, die je in Deutschland vollbracht wurden. Aus dem Gegensatz und der Spannung, der zunehmend fruchtbarer Spannung der Konfessionen formte sich die Geschichte unseres Vaterlandes über Jahrhunderte hinweg. Ein Sozialdemokrat wie ich, der katholischen Glaubens ist, besucht Wittenberg im anderen deutschen Staat, um mit evangelischen Christen und Kommunisten über das Luther-Jahr zu sprechen. Einfacher als diese Fakten es besagen, sollten wir es uns mit unserer Nation nicht machen - wenn wir ihrer Wirklichkeit gerecht werden wollen.

Über die Sprach- und die Geschichtsgemeinschaft hinaus läßt sich dem Luther-Erbe ein weiterer Aspekt abgewinnen. Für mich folgt aus dem Vermächtnis Luthers die Verpflichtung, die gemeinsame deutsche Geschichte, hier so und dort anders, aufzuarbeiten in Richtung auf eine Vergrößerung des Humanitätspotentials in der Welt, in Richtung auf mehr Frieden.

Diese Perspektive führt ins Zentrum des theologischen Lebenswerks Luthers: Die Rechtfertigungslehre, ein bei näherem Hinsehen keineswegs musealer Begriff. Rechtfertigung, das war für Luther der Verzicht auf Vorleistungen, auf Werk- und Selbstgerechtigkeit. Der gnädige Gott - das war damals wie heute Gegenstand der Suche nach einer Zukunft ohne Angst, nach Lebensinn: So akzeptiert, so angenommen zu sein, wie man ist, ohne Zwang zur Selbsterlösung. Den Frieden mit Gott und den Frieden mit den Mitmenschen zu finden - das war das Anliegen dieser Rechtfertigung. Und Friede meint den durch Tätigkeit, soziales Engagement und Verzicht auf Selbstgerechtigkeit zu schaffenden Frieden. Alles ins Zeichen des Friedens zu setzen, darauf kam es dem Reformator an. Friede nannte er das "größte Gut auf Erden, in dem alle anderen zeitlichen Güter einbegriffen" seien, und "es ist wohl ein halbes Himmelreich, wo Friede ist". Den Frieden zu erhalten, sah er deshalb für eine wichtigere Aufgabe der Regierenden an als die Verbesserung der Gesetze. Friede - der kann nach Luther kaum zu teuer erkauf werden.

Der Mann, der gegen Werkgerechtigkeit war, sah im guten Friedens-Werk des Menschen gleichwohl das Segenszeichen Gottes. Er, der den Glauben an die Autorität durch die Autorität des Glaubens ersetzte, erblickte dessen glaubhafte Reallsierung nicht zuletzt im tätigen Friedensdienst: "Doch glaube nicht, daß Dir der Friede nachlaufen wird.... Du mußt ihm nachlaufen ..."

Das Luther-Gedächtnisjahr kann dafür ein Merkzeichen sein: Daß die beiden Staaten je auf ihre Weise in die Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen das Bemühen um eine umfassende Friedenssicherung einzubringen haben. Das Erbe Luthers mag in beiden deutschen Staaten verschieden interpretiert werden - wichtig ist die gemeinsame Verantwortung, die Handlungsgemeinschaft der Deutschen in einer gefährdeten Welt. Diese Einsicht zu vermitteln, ist auch eine Chance des Luther-Jahres 1983.

(-/8.12.1982/ks/va)

+ + +



... und die Einfalt auch

Adolf Müller und das Zentralkomitee

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AFA)

"Wir fordern erneut einen Sozialpakt zwischen Staat, Gewerkschaften und Arbeitgebern", schrieb das Zentralkomitee der deutschen Katholiken: Damit eine große solidarische Anstrengung unternommen werde, und zwar gegen die Arbeitslosigkeit. Den Bundestagsabgeordneten Adolf Müller, CDU, aus Remscheid und dauernd erregt, machen solche Erklärungen zur "bevorstehenden Bundestagswahl" - obwohl Bundeskanzler Kohl diese noch gar nicht eingeleitet hat - mißtrauisch und fuchsteufelwild. "Je näher der Wahltermin rückt, desto bombastischer werden die verbalen Kraftakte", meint er, schlüpft auf "schillernde Sprechblasen" und deren "durchsichtigen Zweck", wie das eben bei Blasen so ist. Dann schlägt er zu: "marktschreierisch". Dabei hat das katholische Zentralkomitee klar gemacht, daß Politik nicht nur der "staatlichen Daseinsvorsorge", sondern auch der "geistig-moralischen Verfassung" zu dienen habe.

Nun wird es Zeit zu sagen, was ist: Gemeint hat Herr Müller natürlich nicht das Zentralkomitee. Warum sollte er auch, zumal dessen Vorsitzender, Herr Maier, Kultusminister in Bayern und von der CSU ist. Nein, Herr Müller aus Remscheid wettert pausenlos gegen Hans-Jochen Vogel. Denn auch dieser hatte sich erlaubt, in dieser Woche "einen Solidaripakt zur Überwindung der Arbeitslosigkeit" zu fordern, rief dazu Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Verbände, Parlamente, Regierung, Verwaltungen und die Bundesbank auf - eine stattliche Anzahl also, die dem deutschen Zentralkomitee nicht nachsteht. Das wird aber den Herrn aus Remscheid nicht beruhigen. Er meint jedenfalls: Vogels Vorstoß geht ins Leere. Wenn man nicht Müller oder Maier heißt, sondern Vogel, und zwar Hans-Jochen und auch sonst, nützt alles nichts, auch nicht die geistig-politische Ermahnung vom Zentralkomitee. Hier wird einem die ganze Vielfalt des politischen Katholizismus vorgeführt und - ich bitte um freundliche Nachsicht - Einfalt auch.

Man tut gut daran, nach einem solchen Tag ans Bücherbord zu gehen, noch einmal die jüngste Sozialenzyklika zur Arbeit nachzulesen oder einen Aufsatz von Pater Nell-Breuning, dessen Schriften wir über Jahre hinweg als Wegbegleiter empfunden haben, oder im Soziallexikon nachzuschlagen. Dann bewegen uns nicht Wahlkampfsätze, sondern Soziallehre. Man wird nicht traktiert mit klingendem Schellenspiel über das "Geistig-Moralische", dann stößt man darauf, daß Katholizismus mehr ist als eine Rednerkarte im Wahlkampf. Der Glaube hat das Wort gemacht - nicht nur das Zentralkomitee und was sonst dazu gehört. Pater Nell-Breuning mag uns einen solchen Satz nachsehen, genauso, wie viele meiner Generation, die Pastor Heinrich Albertz und sein Wort gern haben, Anlaß genug hatten, ihn immer wieder um Nachsicht zu bitten.

(-/8.12.1982/ks/va)

+ + +



### Verteidigungshaushalt abgelehnt

-----

Wir vermissen Ausgewogenheit gegenüber den Sozialausgaben

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Bei der Abstimmung im Verteidigungsausschuß hat die SPD den Verteidigungshaushalt abgelehnt. Die SPD-Abgeordneten im Verteidigungsausschuß erklärten, daß sie auch der Gesamtfraktion im Plenum des Bundestages die Ablehnung des Verteidigungshaushalts empfehlen werden.

Die Ablehnung des Verteidigungshaushalts erfolgte, obwohl die Übergangsregierung Kohl einen Haushaltsentwurf vorlegte, der weitgehend dem Entwurf der alten Regierung entsprach. Deshalb wurde aus Gründen sachlicher Kontinuität den meisten Sachkapiteln in der Einzelabstimmung zugestimmt, mit Ausnahme des Ministerhaushalts und des Sachkapitels zum NATO-Infrastrukturprogramm. Damit wurde die in 13 Jahren sozialdemokratischer Ministerverantwortung bewährte Verantwortungsbereitschaft für die Bundeswehr und ihre Soldaten unterstrichen.

Die Gründe für die Ablehnung des Verteidigungshaushalts sind in erster Linie politischer Natur, insbesondere ein begründetes Mißtrauen der SPD gegenüber der Bundesregierung:

1. Verteidigungspolitik ist integrierter Bestandteil der Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik. Die auf dem Konzept der Entspannung beruhende sozialdemokratische Sicherheitspolitik wurde von der jetzigen führenden Regierungspartei aktiv bekämpft. Die Opposition gegen diese Politik hielt bis zuletzt an, als es um die Bemühungen um eine neue Verständigung und für Verhandlungen zwischen den beiden Weltmächten ging. Die dabei auch mit der Regierung unseres Bündnispartners der Vereinigten Staaten auftretenden Konflikte wurden vielfach als mangelhafte Loyalität im Bündnis diskreditiert und in ein politisches "Zwielicht" hineingeredet, aus dem die Bundesrepublik erst durch die neue Regierung wieder herausgeholt worden sei. Besonders in den letzten Jahren wurden aus rein innenpolitischen Agitationsgründen Verdächtigungen gegen die SPD-geführte Bundesregierung von der CDU in den USA gestreut, deren Echo dann die deutsch-amerikanischen Beziehungen belastete.

Der Bundesminister der Verteidigung hat zwar wiederholt die Absicht betont, politische Kontinuität zu wahren. Dieses Versprechen ist jedoch nicht glaubhaft, wenn gleichzeitig immer noch die politischen Bemühungen der vormals Verantwortlichen entstellt werden und bereits jetzt Kontinuitätsbrüche auftreten und Alternativen im unklaren bleiben. Es erscheint auch insgesamt bei der neuen Regierung nicht glaubhaft, denn in zahlreichen politischen Fragen hat die Bundesregierung seit ihrer Amtsübernahme am 1. Oktober etwas anderes gemacht als sie es vor dem 1. Oktober als Opposition sagte. Deshalb müssen wir vermuten, daß auch in der Außen- und Sicherheitspolitik die CDU/CSU im Falle eines Wahlsiegs am 6. März 1983 einen anderen Weg einschlägt als sie jetzt vorgibt, indem sie zu den Positionen zurückkehrt, die sie in den letzten 13 Jahren als Opposition einnahm. Es wäre also fahrlässig, gäbe man dieser Regierung einen außen- und sicherheitspolitischen Vertrauens- kredit.



2. Die gegenwärtig politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung haben in ihrer früheren Oppositionsrolle auch bis zuletzt die Bemühungen der sozialdemokratischen Verteidigungsminister um den Ausbau und die Konsolidierung der Bundeswehr auf unverantwortliche Weise innen- wie außenpolitisch herabgewürdigt und in Zweifel gezogen. Über Jahre hinweg wurden vorhandene Probleme und Engpässe aus parteipolitischer Opportunität maßlos öffentlich übertrieben. Damit wurde dem Ansehen der Bundeswehr und unseren bündnispolitischen Anstrengungen Schaden zugefügt. Die unseren Anstrengungen nicht gerecht werdende Bewertung des deutschen Verteidigungsbeitrags bei manchen Bündnispartnern wurde dadurch gefördert. Wenn sich jetzt der Bundesminister der Verteidigung vorbei am Parlament und entgegen bisherigen Beschlüssen weit überhöhte zusätzliche Beiträge der Bundesrepublik zum Infrastrukturhaushalt der NATO anlässlich seiner Gespräche in den USA abringen ließ, so ist dies der erste große Preis für frühere politische Fehlleistungen, dessen Bezahlung wir ablehnen. Aufgrund fehlender Objektivität in Bezug auf die bisherigen verteidigungspolitischen Leistungen der Bundesrepublik Deutschland muß die gegenwärtige politische Führung als nicht vertrauenswürdig gelten, solange sie sich nicht selbst von den eigenen Aussagen bis zum 1. Oktober distanzliert und damit zu einer sachlichen Würdigung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Bundeswehr kommt.
3. Äußerer Frieden und innerer sowie sozialer Frieden hängen eng zusammen. Die Kürzungen der Bundesregierung im Sozialhaushalt bei ungenügender sozialer Gerechtigkeit der Sparmaßnahmen insgesamt, angekündigte weitere Kürzungen im sozialen Bereich und angekündigte künftige Steigerungen im Verteidigungshaushalt, führen zu einer mangelhaften Ausgewogenheit im Gesamthaushalt der Bundesregierung. Angesichts der einseitigen sozialpolitischen Streichaktionen der Bundesregierung und der damit erfolgten Gefährdung des sozialen Friedens kann auch deshalb nicht empfohlen werden, einem anderen wichtigen Einzelhaushalt der Bundesregierung zuzustimmen.

(-/8.12.1982/ks/va)

+ + +



Rückkehr zum Atomministerium  
-----

Riesenhubers Taktik: Bloß Ruhe vor dem 6. März

Von Harald B. Schäfer MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Innenausschuß des Deutschen Bundestages

Der Bundesforschungsminister Riesenhuber wird nicht müde, täglich Kontinuität zu seinem Vorgänger von Bülow zu betonen: Die fortgeschrittenen Reaktorlinien müßten nüchtern "neubewertet" werden und könnten angesichts der Zweifel an ihrem volkswirtschaftlichen Nutzen nur zuende geführt werden, wenn die Industrie einen erheblichen Anteil an ihrer Finanzierung übernimmt.

In der Debatte des Bundestages vom 3. Dezember 1982 schwieg der Minister klugerweise; Herr Lenzer hatte den Part, etwas deutlicher einen positiven Ton über die Reaktorlinien zu verbreiten: "Der Schnelle Brüter als Symbol für die technologische Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik" war das Leitmotiv. Von Zahlen war freilich nicht die Rede.

"Die Kurve zu nehmen", war bitter nötig; denn am 1. Dezember hatte der Haushaltsausschuß des Bundestages mit der neuen Mehrheit folgendes beschlossen:

1. Die Aufwendungen für die Reaktoren im Haushalt des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) wurden noch für 1982 um 600 Millionen Barnittel aufgestockt. Dies ergibt eine Steigerung um 85 Prozent.
2. Die Ermächtigung, weitere Verpflichtungen des Staates über die fünf Milliarden Mark Grenze hinaus einzugehen, wurde um 600 Millionen Mark noch für das Jahr 1982 aufgestockt.
3. Die Mittel für die Reaktorlinien für 1983 wurden um 200 Millionen Mark auf nunmehr 765 Millionen Mark aufgestockt. Gegenüber der von der alten Bundesregierung für 1982 vorgesehenen Summe von 427 Millionen Mark ist dies eine Steigerung um über 80 Prozent.
4. Der Haushaltsausschuß erlegte dem BMFT lediglich eine kleine Sperre von 150 Millionen Mark auf, vor deren Aufhebung er bis Mitte des nächsten Jahres einen Bericht zur Neubewertung und zum Finanzbeitrag der Industrie erbat.

Dies bedeutet:

- Bis Mitte 1983 kann der BMFT 1,215 Milliarden Mark in bar ausgeben und für 500 Millionen Mark den Staat zusätzlich verpflichten, bevor er auch nur eine Berichtspflicht über die Zukunft der Reaktorlinien einlösen muß und die Industrie zu irgendwelcher "Bewegung" veranlaßt wird.
- Von den notwendigen Kürzungen in anderen Bereichen des BMFT redet man nicht und hat sie vorerst möglichst wenig spektakulär verteilt nach dem Motto: Vor dem 6. März keine Unruhe.

Dennoch ist nicht zu verheimlichen, daß schon jetzt die Förderung der nichtnuklearen Forschung um 17 Prozent sinkt, gegenüber der Aufwuchsplanung noch viel mehr. Während die Kernenergie ihren Anteil am Haushalt auf ein Drittel hochschiebt, fällt der Anteil der nichtnuklearen Forschung auf etwa acht Prozent. Die Trendumkehr hat stattgefunden. Auch wenn Riesenhuber erklärt, er wolle keine Rückentwicklung zum Atomministerium, sie findet statt.  
(-/8.12.1982/ks/va)

\* \* \*



Die Fairness achten  
-----

Zur Kommentierung und Berichterstattung im Wahlkampf

Von Wolfgang Clement

Sprecher des SPD-Vorstandes

Das SPD-Präsidium hat auf seiner jüngsten Sitzung zu Anfang dieser Woche auch über die politische Berichterstattung in Funk und Fernsehen, namentlich anhand der Nachrichten- und Magazinsendungen, debattiert. Das Ergebnis dieser Erörterungen läßt sich in einem eindringlichen Appell an die Programm-Verantwortlichen und Journalisten in den Rundfunkanstalten zusammenfassen, sich um eine faire, am Gebot der Chancengleichheit orientierte Wiedergabe und Kommentierung politischer Ereignisse und Auseinandersetzungen zu bemühen. Dies müsse erst recht im Angesicht einer Wahlauseinandersetzung gelten, die mehr als jede andere zuvor von den Massenmedien beeinflusst werden dürfte. Den Verantwortlichen in den Sendern komme deshalb eine ganz besondere Verantwortung zu.

Ausgangspunkt der Beratungen im SPD-Präsidium waren - wie könnte es anders sein? - die jüngsten Erfahrungen seit der "Wende" in Bonn. Dabei hat sich niemand von Illusionen leiten lassen; die sozialdemokratischen Präsidialen wissen sehr wohl den natürlichen journalistischen Platzvorteil für die Regierenden einzuschätzen. Aber dieser rechtfertigt bei aller Großzügigkeit nicht eine Informationsgebung im Verhältnis von bis zu 10 : 1 zu Lasten der derzeitigen Bonner Opposition, wie sie in den letzten Tagen in Nachrichtensendungen der Fernsehsysteme festzustellen war, wobei es wiederum der Klarheit und Wahrheit entspricht zu sagen, daß die ZDF-heute-Redaktion der Bonner parlamentarischen Opposition durchweg den miesesten Rang einräumt. Manches davon kann in den Worten des SPD-Vorsitzenden nur als extremer Verstoß gegen das Gebot der Gleichgewichtigkeit angesehen werden.

Dabei kommt, wie gesagt, niemand auf die Idee, mit Journalisten über den "news-Wert" neuer Damen und Herren in den Bonner Ministerien streiten zu wollen. Aber drei Monate vor einer per Regierungserklärung zugesagten Neuwahl zum Bundestag ist es doch wohl legitim, daran zu erinnern, daß politische Absichtserklärungen und Selbstdarstellungen der momentanen Amtsinhaber nur einen sehr beschränkten, nämlich genau bis zum 6. März 1983 befristeten Aussagewert besitzen. Selbst wenn man deshalb alle Formeln über Rang und Bedeutung einer Opposition in der parlamentarischen Demokratie für den Augenblick außer acht lassen wollte: Den selbstverständlich auch berichtenswerten, aber dann erst recht gleichgewichtig zu behandelnden, wahlkämpferischen Aspekt öffentlicher Handlungen dürfte zu diesem Zeitpunkt kein Rundfunk- oder Fernsehjournalist mehr unbeleuchtet lassen.

Wir wissen, wovon wir reden. Denn es gibt Belege, daß es fair geht. So liegt über die heiße Wahlkampfphase des letzten Bundestagswahlkampfes eine sehr gründliche Inhaltsanalyse des Instituts für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Göttingen (veröffentlicht in: Media Perspektiven 4/82, S. 263 ff.) über die Hauptnachrichtensendungen, Nachrichtenmagazine, Magazinsendungen und Wahlkampfsondersendungen im September/Oktober 1980 vor. Sie zeigt, daß über die damalige Regierungskoalition aus SPD und FDP und die seinerzeitige CDU/CSU-Opposition in ARD und ZDF zusammengenommen nahezu gleichgewichtig berichtet worden ist, im ZDF sogar mit einem leichten Plus für die Opposition, die damals allerdings von der Union darzustellen war.



Die SPD geht - noch - davon aus, daß dies jetzt, zumal unter den Vorzeichen einer erklärten Übergangsregierung, seine Entsprechung finden wird, wobei wir unsere Skepsis vor dem Hintergrund der bisherigen Erfahrungen allerdings nicht verhehlen. Die öffentlich gewordenen Übergriffe von CDU/CSU/FDP-Aufsichtsgremien in die redaktionelle Arbeit, etwa beim Deutschlandfunk, sind zu deutliche Warnzeichen für den Versuch der Konservativen, die Macht über die Sender an sich zu ziehen. Und sie haben dabei nicht mehr übersehbare Fortschritte gemacht.

Zugegeben, die Sozialdemokratie ist in dieser Auseinandersetzung in einer schwierigen Position. Wir haben uns immer gegen die sterile Ausgewogenheitsphilosophie von Konservativen verwahrt, die die in den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten Tätigen zu journalistischen Landvermessern degradieren wollten. Wir werden dies auch in Zukunft nicht betreiben. Aber was wir erwarten, das ist eine faire - nicht "objektive" -, eine demokratisch faire journalistische Behandlung und Programmgestaltung.

Niemand mude uns in diesem Zusammenhang Blauäugigkeit zu. Dazu ist doch nur zu gut bekannt, daß konservative Medienpolitik - sehr im Gegensatz zur sozialdemokratischen - nur wenig mit Theorie, aber viel mit dem direkten personalen Zugriff, kurz: mit Macht zu tun hat. Die unmittelbaren Vorhaltungen, die Unionspolitiker vor, während und nach Rundfunk- und Fernsehsendungen in Studios, Redaktionsstuben, Chefredakteurs- und Intendantenbetagen zu erheben pflegen, sind Legion. Im ZDF beispielsweise könnte man mit den Anrufen und Einschüchterungsversuchen von CDU- und CSU-Potentaten im unmittelbaren, sozusagen laufenden Zusammenhang mit politischen Sendungen wiederum eigene Sendereihen bestreiten.

Wie gesagt, die SPD hat nicht die Absicht, dem nachzueifern. Aber zu schweigen hieße auf der anderen Seite, das demokratische Fairnessgebot ausgerechnet dort, wo es um die Vermittlung von demokratischer Auseinandersetzung geht, auf's Spiel zu setzen. Dem werden wir widersprechen, wo es not tut: im offenen und öffentlichen Disput.

PS: Um auf dem publizistischen Felde keine Mißverständnisse keimen zu lassen: Der Sprecher der Bundesregierung, Dieter Stolze, hat vor wenigen Tagen die Ansicht vertreten, das von ihm geleitete Bundespresseamt unterliege noch nicht den sehr engen Maßstäben, die das Bundesverfassungsgericht für die Öffentlichkeitsarbeit von Regierungen in Wahlzeiten aufgestellt hat, weil der Bundespräsident noch keine Gelegenheit hatte, die Auflösung des Bundestages mit Blick auf die zugesagten Neuwahlen zu verfügen.

Das ist eine durchaus irriige Auffassung des Regierungssprechers. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem einschlägigen Urteil die sogenannte Vorwahlzeit auf fünf Monate angesetzt. Auch wenn die höchsten Richter kaum gehnt haben dürften, daß ein Bundeskanzler die Verfassungsorgane (wie die Öffentlichkeit) über den von ihm einzuschlagenden Weg zu Neuwahlen bis drei Monate vor dem selbstgenannten Termin im unklaren lassen könnte, mußte der Fünf-Monats-Zeitraum selbstverständlich erst recht für eine sich selbst befristende Regierung gelten. Deren Sprecher tut also gut daran, sich nach Karlsruhe zu richten, statt auf seinen Kanzler zu warten. (~/8.12.1982/ks/ru)

+ + +

